

## „Maßstab muss Anteil im Volk sein“

**INTERVIEW** Prof. Silke Laskowski setzt sich für Parität in Parlamenten ein

VON GREGORY DAUBER

Kassel – In Brandenburg sind Parteien künftig dazu verpflichtet, gleich viele Frauen und Männer auf ihren Landeswahllisten zu nominieren. Die gesetzliche Regelung fußt auf einem Entwurf der Grünen, den die Regierungsparteien SPD und Linke geändert hatten. Der ursprüngliche Entwurf der Grünen stammt von der Kasseler Professorin für öffentliches Recht Silke Laskowski, mit der wir über Parität in deutschen Parlamenten sprachen.

### Ist es nicht verfassungswidrig, das freie Vorschlagsrecht der Parteien zu regulieren?

Im Gegenteil. Aus meiner Sicht dient ein paritätisches Wahlgesetz, das die Parteien verpflichten soll, in gleicher Anzahl Frauen und Männer zu nominieren, überhaupt erst dazu, verfassungsgemäße Zustände herzustellen. Es geht um die gleichberechtigte demokratische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger.

Die Nominierungsverfahren der Parteien behindern Frauen aber, dort herrscht keine Chancengleichheit für Kandidatinnen, wie sie aber im Grundgesetz verankert ist. Diese Chancengleichheit muss der Gesetzgeber sicherstellen. In den Parteien gibt es Strukturen, auch historisch gewachsene, die den Zugang der Frauen zu den Kandidatenlisten und Direktmandaten einschränken.

### Die Chancengleichheit ist also schützenswerter als das Vorschlagsrecht der Parteien?

Die betroffenen verfassungsrechtlichen Interessen sind ja alle nicht absolut geschützt. Es geht am Ende immer um eine Abwägung der verschiedenen Rechtsgüter. Ich sehe in einer Paritätsregelung keinen Eingriff in die Parteienfreiheit, sondern eine Ausgestaltung davon. Selbst wenn man darin einen Eingriff in die Parteienfreiheit sehen würde, so wäre der gerechtfertigt. Dem gegenüber würde die Gleichberechtigung der Geschlechter, wie in Artikel 3 des Grundgesetzes festgeschrieben, stehen und überwiegen.

Außerdem sind Parteien Diener der Demokratie, sie müssen ihrer Aufgabe nachkommen. Wenn sie überwiegend Männer nominieren, können Frauen auch nicht gewählt werden und in die Parlamente einziehen.

### Es gibt in keiner Partei genauso viele Frauen wie Männer, wieso sollten dann die Wahllisten paritätisch besetzt sein?

Erstens, es kommt nicht auf den Frauenanteil in den Parteien an. Maßstab muss der Frauenanteil im Volk sein, das bei jeder Wahl der Souverän ist. Die Selbstbestimmung des Volkes ist Sinn und Zweck einer jeden demokratischen Wahl. Die Parteien sind dabei ein Hilfsmittel zur Darstellung der gesellschaft-



KARIKATUR: TOMICK

### Gleichberechtigung in den Parlamenten.

lichen Interessen in den Parlamenten und nur deshalb erhebt das Grundgesetz Parteien in eine so besondere Stellung.

Zweitens, müssen sich dann die Parteien fragen lassen: Warum seid ihr so unattraktiv für Frauen? Das liegt offensichtlich an den männerdominierten Strukturen und Hierarchien, die Frauen ausbremsen und diskriminieren und somit keine Chancengleichheit ermöglichen. Genügend weibliche Mitglieder gibt es ja und das sind auch keine individuellen Probleme einzelner Frauen. Im Übrigen dürfen Parteien sich für die Wahlen auch für Nichtmitglieder öffnen.

### Als Einzelkämpferin innerhalb einer männlich geprägten Partei lässt sich allerdings nicht viel ändern.

Prof. Dr. Silke Laskowski  
Universität Kassel

### Haben Sie ein Beispiel für Strukturen, die es Frauen schwer machen?

Beispielsweise wenn es um die finanziellen Möglichkeiten potenzieller Kandidaten geht, weil sie den Wahlkampf selbst finanzieren müssen. Da haben Frauen, die sowieso schlechter bezahlt werden, nicht die gleichen Ausgangschancen.

Zudem ist es schwierig, sich als Kandidatin sich gegen männliche Seilschaften durchzusetzen. Als Einzelkämpferin innerhalb einer männlich geprägten Partei lässt sich allerdings nicht viel ändern. Hier muss der Gesetzgeber einwirken, denn wir können erkennen, dass jahrzehntelange Freiwilligkeit bei den Parteien zu nichts geführt hat, außer

dass sich die Strukturen weiter verfestigt haben.

### Wie wäre es mit einer neuen Partei, in der Frauen den Ton angeben und sich diese Strukturen gar nicht erst bilden können?

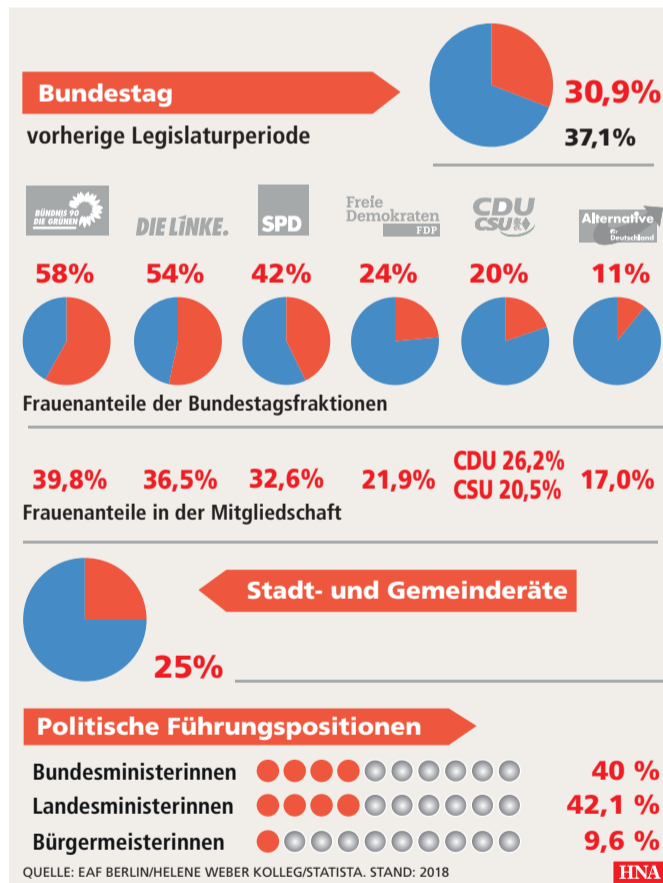
Egal ob als Frau oder Mann wähle ich eine Partei mit einer bestimmten Ausrichtung. Die kann wirtschafts- oder auch gesellschaftspolitisch sein. Dazu gehört sicherlich auch die Gleichstellung der Geschlechter, allerdings ist Frausein allein noch kein parteipolitisches Programm. Ich wähle ja die Partei, die meiner politischen Auffassung entspricht.

Es ist die Aufgabe einer jeden Partei, dafür zu sorgen, dass ausreichend Männer und Frauen aufgestellt werden, entsprechend der Verteilung im Volk. Männer und Frauen haben verschiedene Perspektiven und diese müssen gleichmäßig in die Parlamente gelangen, weil dort die Spielregeln unserer Gesellschaft beschlossen werden. Der männliche Blick darf die Politik nicht weiter dominieren, wie es derzeit der Fall ist. Wir brauchen in den Parlamenten ein gleichberechtigtes Zusammenfinden der Perspektiven.

### Paritätische Wahllisten sorgen aber nicht zwangsläufig zu einer gleichen Verteilung im Parlament, zumindest nicht wenn die jetzigen Direktmandate erhalten bleiben.

Das ist richtig. Das Standardverfahren ist ja, wie bei der Bundestagswahl, eine Parteiliste plus Direktmandate. Natürlich bräuchten wir also auch eine paritätische Lösung für die Direktmandate. Das ist aber überhaupt kein Problem: Eine Lösung wäre das Wahlkreis-Duo. Dieses Modell wird seit einigen Jahren auch schon in Frankreich praktiziert. Die Parteien wer-

### FRAUENANTEILE



den dadurch verpflichtet, für jeden Wahlkreis ein Duo zu nominieren, bestehend aus einer Frau und einem Mann, welches zusammen gewählt wird. Dazu müsste man die Zuschnitte der Wahlkreise sicherlich anpassen, das ist aber auch nichts Dramatisches. Mich überzeugt dieses Konzept sofort.

### ZUR PERSON



Prof. Dr. Silke Laskowski (53) ist Professorin für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht sowie Umweltrecht an der Universität Kassel, lebt aber in Berlin. Sie studierte Jura in Heidelberg und Hamburg. Über ihr ehrenamtliches Engagement beim Deutschen Juristinnenbund ist sie zum Forschungsfeld der paritätischen Wahlgesetzgebung gekommen. gda FOTO: PRIVAT

### Finanzskandal: Vorwürfe gegen Kirchenmänner

Eichstätt – Nach einem Skandal wegen riskanter Immobiliengeschäften in den USA im Millionenumfang haben Prüfer massive Mängel in der Finanzverwaltung der Diözese Eichstätt entdeckt.

Der Münchner Rechtsanwalt Ulrich Wastl sprach gestern von einem von Klerikern gestützten „System Eichstätt“. Bei der Verwaltung des Geldes sei gegen Kirchenrecht verstoßen worden. Es geht um die investierte Summe von 60 Millionen Dollar (52,52 Mio. Euro) in den USA, von denen das Bistum erst ein Zehntel zurückerhalten hat.

„Eine Vielzahl systemischer Defizite hat den Finanzskandal erst ermöglicht, jedenfalls aber begünstigt“, heißt es im Prüfbericht. So sei der Rat zur Verwaltung des Vermögens mit mehr als 20-jähriger Verspätung gegründet worden. Bei der Besetzung sei die wirtschaftliche Kompetenz der Mitglieder nicht beachtet worden. Das Bistum stellte Strafanzeige gegen einen Ex-Mitarbeiter und dessen Geschäftspartner. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München II dauern noch an. dpa

### IN KÜRZE

#### Papst spricht Christen in Emiraten Mut zu

Papst Franziskus hat bei einer Messe in den Vereinigten Arabischen Emiraten den Christen Mut zugesprochen. Zusammen mit mehr als 130 000 Gläubigen feierte er im Said-Sports-City-Stadion von Abu Dhabi einen Gottesdienst. In den Emiraten können Christen ihren Glauben frei ausüben, dürfen in der Regel aber keine Gottesdienste außerhalb ihrer Kirchen abhalten.

#### Türkei setzt Kopfgeld auf Soldaten aus

Noch bevor Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras in Ankara eintraf, setzte die Türkei Kopfgeld auf nach Griechenland geflohene angebliche Putschsoldaten aus. Dazu nahm das Innenministerium acht Militärs in die Liste der meistgesuchten Terroristen auf, meldet die Nachrichtenagentur Anadolu. Die Belohnung für Hinweise zur Ergreifung liegt pro Person bei vier Millionen Türkische Lira (670 000 Euro).

#### Wieder Dutzende Bombendrohungen

Nach zahlreichen anonymen Bombendrohungen sind in der russischen Hauptstadt Moskau mehr als 30 000 Menschen in Sicherheit gebracht worden. In Moskau und im Umland seien gestern rund 130 derartige Meldungen eingegangen, teilten die Behörden der Agentur Tass mit. Bislang seien aber keine Bomben in den Gebäuden gefunden worden, hieß es.